Stenographischer Bericht

14. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

V. Periode — 14. Juni 1962.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind die Abgeordneten DDr. Hueber und Wurm (321).

Eingebracht:

Antrag der Abgeordneten Zagler, Bammer, Edlinger, Zinkanell und Genossen, betreffend die Übernahme der Verbindungsstraße von Köflach über Piber nach Bärnbach als Landesstraße (321).

Verhandlungen:

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 29, Gesetz über die Einhebung einer Abgabe zur Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsabgabegesetz 1962).

Berichterstatter: Abg. Heribert Pölzl (321).

Redner: Landesrat Wegart (322), Abg. Hofbauer 323), Abg. Scheer (323), Abg. Dr. Pittermann (324).

Annahme des Antrages (325).

2. Projekt eines Großspeicherwerkes Kastenreith, dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kaan, Dr. Rainer, Karl Lackner, Krempl, Hofbauer, Hans Brandl, Vinzenz Lackner, DDr. Stepantschitz, Dr. Stephan und Scheer an Landeshauptmann Josef Krainer (325).

Begründung: Abg. Dr. Kaan (325).

Beantwortung: Landeshauptmann Krainer (325).

Redner: Abg. Dr. Kaan (327), Landesrat Gruber (332), Abg. Scheer (334), Abg. Lackner (334).

Annahme des Beschlusses (335).

Beginn der Sitzung 10.30 Uhr.

Präsident: Hoher Landtag! Ich eröffne die 14. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden V. Gesetzgebungsperiode und begrüße alle erschienenen Regierungsmitglieder, Abgeordneten und Bundesräte auf das herzlichste.

Entschuldigt sind: Abg. Fritz Wurm und DDr. Hueber.

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung ist Ihnen zugegangen.

Der Finanzausschuß hat gestern nach der Landtagssitzung die Beratungen über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 29, Gesetz über die Einhebung einer Abgabe zur Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsabgabegesetz 1962) abgeschlossen.

Ich schlage vor, diese Vorlage als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung zu nehmen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschlecht.)

Der Vorschlag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Eingebracht wurde folgender Antrag:

der Antrag der Abgeordneten Zagler, Bammer, Edlinger, Zinkanell und Genossen, betreffend die

Übernahme der Verbindungsstraße von Köflach über Piber nach Bärnbach als Landesstraße.

Dieser Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Wir gehen nun zur Tagesordnung über.

1. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 29, Gesetz über die Einhebung einer Abgabe zur Förderung des Fremdenverkehrs (Fremdenverkehrsabgabegesetz 1962).

Berichterstatter ist Abg. Heribert Pölzl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Pölzl: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 29, und der mündliche Bericht Nr. 28 liegen Ihnen vor. Das Gesetz über die Einhebung einer Abgabe zur Förderung des Fremdenverkehrs hat im wesentlichen 5 neue Punkte gebracht, die sich zum Vorteil der Fremdenverkehrswirtschaft auswirken werden.

Erstens möchte ich herausgreifen die Erhöhung der Abgabe selbst. Es wurden statt bisher 3 Zonen nur mehr 2 geschaffen, und hier wurde eine Erhöhung von 60 Groschen auf S 1'50 vorgenommen. Die Orte, die in der Gruppe 1 sind, sind im Gesetz namentlich angeführt, alle übrigen Orte der Steiermark sind in der Gruppe 2. Hier wurde eine Erhöhung von 40 Groschen auf 1 S vorgenommen.

Schutzhäuser und bewirtschaftete Schutzhütten alpiner Vereine sind von 20 Groschen auf 50 Groschen gesteigert worden.

Die zweite Neuerung dieses Gesetzes ist die Abschaffung der Abgabemarken, die bis heute in Wirkung waren.

Die dritte Änderung ist, daß der Anteil der Gemeinden von 25% der Abgabe auf 40% erhöht wurde und so nach bisherigen Schätzungen den Gemeinden um 1,330.000 S im Jahr mehr zufließen werden als bisher und dadurch die Gemeinden in die Lage versetzt werden, wesentlich mehr den Fremdenverkehr zu fördern.

Die vierte Neuerung ist, daß im Gesetz eine zweckgebundene Zuführung der Abgabeneinnahmen für den Fremdenverkehrs-Investitionsfonds vorgesehen ist, der ausschließlich der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft dient.

Und 5. tritt dieses Gesetz mit Rücksicht auf die schon erstellten Pensionspreise, die in den Prospekten offeriert worden sind, erst am 1. November 1962 in Kraft.

Der Finanzausschuß hat sich in seinen letzten drei Sitzungen sehr lebhaft, intensiv und ausführlich mit dieser Vorlage beschäftigt und ich stelle daher in

seinem Namen den Antrag, der Hohe Landtag wolle diesem Gesetz und dem mündlichen Bericht Nr. 28 mit den Änderungen seine Zustimmung geben.

Landesrat **Wegart**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der steirische Fremdenverkehr befindet sich, das darf ich als der zuständige Referent heute hier im Hohen Hause vermelden, in einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung. Ich darf Ihnen zum Beweise die neueste Ziffer, u. zw. des Erfolges der Winter-Saison 1961/62 bekanntgeben: Wir hatten in diesem verflossenen Winterhalbjahr eine Gesamtübernachtung von 1.100.957 Personen zu verzeichnen. Gegenüber dem Winterhalbjahr 1960/61 ist das eine Steigerung um rund 100.000 Nächtigungen oder mehr als 10%. Diese Ziffer darf uns mit Freude erfüllen, weil sie bestätigt, daß das Land immerhin in sehr bedeutendem Umfang Anschluß an die zweite Saison gefunden hat. Damit wird ja der Fremdenverkehr erst volkswirtschaftlich richtig bedeutsam.

Aber darüber hinaus, Hohes Haus, ist es mir auch ein Bedürfnis, einige grundlegende Bemerkungen zum heutigen Gesetz vorbringen zu dürfen. Das entscheidende Kriterium unserer Fremdenverkehrswirtschaft ist und bleibt, daß wir langfristige und billige Kredite vergeben können. Wir müssen den Standard und den Komfort heben. Der Gast von 1962 stellt nun einmal andere Ansprüche an eine Unterkunft, an eine Verpflegung, als der Gast von 1930, und man braucht kein Prophet zu sein, um zu sagen, daß der Gast von 1965 und von 1970 weitaus höhere Ansprüche stellen wird, als er sie heuer gestellt hat.

Nun aber ist es so, daß die Fremdenverkehrswirtschaft zwei sehr unangenehme Dinge belasten. Das erste ist der Kapitalmangel und das zweite, das auch wir leider zum Teil schon zu spüren bekommen, ist der Personalmangel. Ohne entsprechendes Kapital und ohne das entsprechend geschulte Personal werden wir auf die Dauer gesehen nicht in der Lage sein, den Fremdenverkehr voranzuziehen. Aus diesem Grunde begrüße ich, daß der Steiermärkische Landtag nun heute darangeht, das Fremdenverkehrsabgabegesetz nicht nur auf eine neue Basis zu stellen, sondern, was mir viel wichtiger erscheint, daß dadurch auch neue Mittel, u. zw. mehr Mittel als bisher, erschlossen werden. Es werden die Damen und Herren des Hohen Hauses sicherlich gerne wissen wollen, was konnten wir bisher tun? Aus der Erkenntnis, daß das, was wir bisher getan haben, auf dem Landesektor zu wenig ist, um stärker heranzukommen, hat der Landtag erfreulicherweise für das Budget 1962 eine Sonderaktion des Fremdenverkehrs-Investitionsfonds mit einer Gesamtsumme von 10 Millionen Schilling beschlossen. Ich darf heute dem Hohen Haus berichten, daß diese 10 Millionen Schilling zunächst nicht nur beschlossen, sondern zum Großteil schon vergeben sind und daß wir immerhin noch mehr als 150 Ansuchen haben mit einer Gesamtsumme von 16 Millionen Schilling, die wir nicht berücksichtigen können. Ich melde daher jetzt schon gewisse Wünsche auch für 1963 in dieser Richtung an. Nicht nur, um diese Kreditwerber noch zu berücksichtigen, sondern vor allem, um dem Grundsatz Rechnung zu tra-

gen, daß der Fremdenverkehr in seinem Standard und Komfort gehoben wird. Der Fremdenverkehrs-Investitionsfonds, der im Jahre 1952 geschaffen wurde, hat seit seinem Bestand insgesamt eine immerhin bedeutsame Summe von 28.757.000 S für 1327 Investitionsdarlehen und 182 Ansuchen für Zinsenzuschüsse vergeben. Auch das ist eine respektable Ziffer, auf die ich heute mit Freude im Hohen Hause verweisen darf.

Aber gerade das neue Gesetz wird die Möglichkeit bieten, mehr als bisher diesem Investitionsfonds Gelder zuzuführen und wird uns gleichzeitig in die Lage versetzen, daß wir die bisherige Höchstgrenze von 30.000 S beim normalen Investitionsfonds im nächsten Jahr auf 50.000 S werden erhöhen können. Das bedeutet einen sehr wichtigen und neuen Impuls für unsere Investitionspolitik auf dem Sektor des steirischen Fremdenverkehrs.

Wenn wir in das Oberland blicken, stellen wir fest, daß wir hier sehr große Fortschritte zu verzeichnen haben. Blicken wir in die Oststeiermark, so gibt es Gebiete, die bereits sehr gut erschlossen sind, aber ich verhehle nicht, daß es auch noch große Gebiete gibt, die für den Fremdenverkehr sehr gut geeignet sind und viele Voraussetzungen bieten, die allerdings nicht über den nötigen Komfort und Standard verfügen. Dort gilt es, den Hebel anzusetzen. Dasselbe gilt für die Untersteiermark, dasselbe gilt auch, wenn auch in geringerem Umfange, für die Weststeiermark. Das ganze Land hat zweifelsohne sehr viele Chancen, am Fremdenverkehr stark teilzuhaben.

Ich will mich nicht in düsteren Prophezeiungen ergehen, aber ich will doch eines sagen, daß im Zusammenhang mit der europäischen Einigung zweifelsohne eine Reihe struktureller Schwierigkeiten entstehen wird, und allein die Ziffer der Beschäftigten sagt mir, daß sie seit dem Jahre 1957 unverändert gleich hoch ist; in Gesamtösterreich bei 2.300.000, in der Steiermark bei rund 350.000. Das bestätigt, daß wir den Zenit in der Industrialisierung erreicht haben. Echte Chancen, die Volkswirtschaft zu vermehren, bestehen im Fremdenverkehr, und ich glaube, daß wir damit in der Lage sind, auch der Steiermark weitere wichtige volkswirtschaftliche Impulse zu verleihen. Aus diesem Grunde begrüße ich die Neufassung des Gesetzes und damit auch die Möglichkeit, eine stärkere Investitionspolitik als bisher zu betreiben. Wenn vielleicht von der einen oder anderen Seite eingewendet werden mag, oder auch schon eingewendet wurde, ja die Sätze sind von 20 Groschen auf 50 Groschen, von 40 Groschen auf 1 S und von 60 Groschen auf S 1'50 erhöht worden, so darf ich doch vermerken, daß diese Sätze seit 10 Jahren unverändert sind und daß sie nach 10 Jahren zweifelsohne eine gewisse Korrektur zu erfahren haben.

Ich blicke noch immer neidvoll auf die westlichen Bundesländer, die für den Fremdenverkehrsinvestitionsfonds eine Abgabe von 3 S einheben und wage gar nicht auszusprechen, mir so etwas Ähnliches für den steirischen Fremdenverkehr zu wünschen. Aber ich betrachte, als Ganzes gesehen, diese Novellierung und diese Neufassung als einen großen Fortschritt. Ich darf den Kritikern sagen, dieses Gesetz ist für die Fremdenverkehrswirtschaft geschaf-

fen und verfolgt den Zweck, der steirischen Fremdenverkehrswirtschaft wichtige und neue Impulse zu verleihen. (Beifall.)

Abg. **Bert Hofbauer:** Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz zum vorliegenden Entwurf einer neuen Fremdenverkehrsabgabe vom Standpunkt unserer Fraktion Stellung nehmen. Ich darf von vornherein sagen, daß auch wir, die sozialistische Fraktion, den neuen Gesetzesentwurf begrüßen, weil damit das alte Gesetz von 1952 und auch die Novellierung von 1954 fällt und eine neue Novellierung nur Erschwerung in den Fremdenverkehrsorten gebracht hätte. Welche Bedeutung diesem neuen Gesetz zuteil wurde, kann man aus den Erläuterungen feststellen, daß sich alle Körperschaften der Steiermark intensivst mit diesem Gesetzesentwurf befaßt haben; so die Kammer für gewerbliche Wirtschaft, die Kammer für Arbeiter und Angestellte, der Städtebund und der Gemeindebund und auch die Abteilung 7. In mehr oder weniger positiven Stellungnahmen ist es zum Ausdruck gekommen, daß alle diese Körperschaften dieses Gesetz begrüßen, weil zuletzt den Gemeinden in Zukunft mehr Geld zufällt als bisher.

Für uns Sozialisten kann ich sagen, hätte es zwei Schwerpunkte gegeben. Einmal die Aufteilung der Orte; im Gesetzesentwurf bzw. Finanzausschuß sind 22 Orte in die I. Stufe gefallen. Es wurden im Laufe der Verhandlungen noch zwei Orte, und zwar Bruck und Leoben, miteinbezogen. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß vor allen Dingen Leoben nicht hätte miteinbezogen werden dürfen, denn es ist eine ausgesprochene Industriestadt, und zweitens, weil man die Rauchwolke von Donawitz sieht, und man kann das nicht als I. Fremdenverkehrsstufe betrachten.

Leider hat sich die Fraktion der ÖVP hiezu nicht entschließen können.

Der zweite wesentliche Punkt ist für uns praktisch der § 10, wo die Aufteilung des neuen Abgabengesetzes enthalten ist. Im Gesetzesentwurf, der dem Finanzausschuß vorlag, war eine Aufteilung von 50 zu 50 vorgesehen. Ich darf noch erwähnen, daß sich die steirischen Institutionen sehr wohlweislich alle für diese 50 zu 50 entschlossen haben, ja, der Steirische Gemeindebund sogar für 25 zu 75 zugunsten der Gemeinden. Wir haben im Finanzausschuß mehrmals gerungen, um bei diesem Gesetzesentwurf bei 50 zu 50 bleiben zu können. Es wurde mehrmals verhandelt. Es ist leider nicht gelungen, in diesem Punkt auch die ÖVP von ihrem Standpunkt abzubringen. Es ist sehr wohl gesagt worden, daß in Zukunft größere Mittel dem Fremdenverkehr zugewendet werden können auf Grund dieser neuen Gesetzesvorlage und wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, wenn man den Fremdenverkehr der heutigen Zeit anpassen will, doch in allererster Linie die Initiative von den Gemeinden auszugehen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich könnte x-beliebige Beispiele bringen. Ich denke gerade an meine Gemeinde, an Altaussee. Diese hat vergangenes Jahr rund 750.000 S aufwenden müssen, um sich der heutigen neuen Zeit anpassen zu können. Ich verweise auf eine weitere Nachbargemeinde,

auf Mitterndorf im steirischen Salzkammergut, die eine neue Quelle hat und die seit Jahren nicht in der Lage ist, diese Quelle einer Benützung zuzuführen, weil sie einfach nicht in der finanziellen Lage ist, diese Gelder aufzubringen. So könnte man diese Beispiele weiter fortsetzen. Ich war vor einigen Tagen in Gams ob Frauenthal. Dort ist eine Brücke zu bauen. Diese Brücke würde 10.000 S oder 15.000 S kosten und die Gemeinde ist nicht in der Lage, auch nur diese Brücke zu bauen, obwohl es praktisch kein wesentlicher Betrag ist. Meine Damen und Herren, wir bedauern daher als sozialistische Fraktion sehr, daß es nicht bei der Gesetzesvorlage von 50 zu 50 geblieben ist. Ich darf abschließend sagen, die sozialistische Fraktion wird trotzdem dieser Gesetzesvorlage ihre Zustimmung geben, weil wir der Meinung sind, daß wir doch wiederum im Fremdenverkehr einen größeren Schritt vorwärts getan haben. (Beifall.)

Abg. **Franz Scheer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es wäre übertrieben zu sagen, ein Gesetz zu begrüßen, das eine solche Erhöhung der Abgaben bringt, wie es bei der gegenständlichen Vorlage der Fall ist. Ich sage nicht — Herr Landesrat Wegart setzt sich in Position —, daß wir gegen dieses Gesetz stimmen werden, aber es wäre übertrieben, es zu begrüßen, weil wir allzusehr wissen, daß diese Abgaben eine sehr große Belastung, man könnte vielleicht sagen, weniger eine große Belastung als eine Belästigung der Vermieter sind, die sie immer wieder dem Gast aufbürden. Dabei möchte ich aber sagen, daß vielleicht bei großen Häusern und großen Hotels, welche über entsprechende Preise verfügen, die Relation der Abgabe zum Gesamtpreis zweifellos nicht ins Gewicht fällt. Aber gerade dort, wo der Preis sehr niedrig ist, wie in unseren, ich möchte sagen unterentwickelten Fremdenverkehrsgebieten, wo die Betten- und Zimmerpreise niedrig liegen, dort ist diese Abgabe zweifellos, auch wenn sie dort nur 1 S beträgt, ein fühlbarer Betrag als wie die S 1'50 bei der I. Gruppe. Wir stellen also wohl fest, daß diese Abgabe notwendig ist, insbesondere nach dem vorher Gehörten, ich möchte mich daher hier nicht wiederholen, aber zweifellos muß wohl gesagt werden, daß man den Gemeinden, die ja die Hauptlast an dem Fremdenverkehr und an der Ausgestaltung der Fremdenverkehrsnotwendigkeiten, die dem Gast geboten werden, tragen müssen, daß diese Gemeinden zweifellos günstiger daran wären, wenn wir den Schlüssel, den die Regierungsvorlage vorgesehen hat und der durch die ÖVP im Ausschuß abgeändert wurde auf 40 zu 60, beibehalten hätten. Es ist verständlich, daß der Fremdenverkehrsreferent natürlich alles dazu tut, um seinen Investitionsfonds zu vergrößern, aber es muß den Gemeinden genauso etwas gelassen werden, die ja alles unternehmen, um wirklich endlich mehr aus dieser Fremdenverkehrsabgabe herauszubekommen als bisher. Es ist zwar ein Fortschritt zu verzeichnen, daß wir von 25% für die Gemeinden nunmehr auf 40% kommen werden, aber es wäre doch eine gerechtere Teilung, 50 zu 50, besser gewesen. Es ist an dieser Stelle angebracht, daran zu erinnern, daß man nicht immer nur die direkt am Fremdenverkehr Interessierten und Ver-

dienenden mit Abgaben belasten sollte, sondern daß man weitgehend auch daran denken müßte, die viel größere Anzahl der indirekt vom Fremdenverkehr, manchmal aber wesentlich mehr abnehmenden Gewerbebetriebe auch zu einer entsprechenden Abgabe heranzuziehen, wie wir es ja — und der Herr Landesrat Wegart weiß das — immer wieder in den Gesprächen um ein notwendiges Fremdenverkehrsgesetz vorbringen. Daß man auch diese Kreise heranziehen sollte, wie ja auch andere Bundesländer in dieser Hinsicht schon vorangegangen sind.

Alles in allem, ohne es wiederholen zu wollen, sei aber gesagt, das Gesetz war notwendig, eine Aufstockung der bisherigen Abgaben war genauso notwendig und die freiheitliche Fraktion wird dem Gesetz ihre Zustimmung geben.

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Ich darf zu den von meinen Vorrednern geführten Kriterien hinsichtlich der Hinzufügung neuer Orte in dem betreffenden Paragraphen und hinsichtlich des Verteilerschlüssels über die einzuführende Abgabe folgendes sagen: Grundsätzlich, glaube ich, ist niemand mit einer Abgabe zwischen Land und Gemeinden zufrieden bzw. am liebsten würden wir alle sie vermissen. Das ist eine menschliche Feststellung, aber auf der anderen Seite sehen wir schon aus den Kriterien, die sich hier daraus ergeben, daß auch die Verteilung dieser Abgabe kompliziert ist. Es steht doch fest, Hohes Haus, daß die Steiermark in Fremdenverkehrsangelegenheiten einen gewaltigen Nachholbedarf gegenüber den westlichen Bundesländern hat. Der Herr Landesrat hat als zuständiger Referent auf die Abgabensätze hingewiesen, die diese Bundesländer seit Jahr und Tag einheben, und darin liegt letzten Endes auch eine Begründung unseres Zurückbleibens, weil wir seit 10 Jahren verhältnismäßig niedrige Abgabensätze einheben und leider Gottes mit dem Zug der Zeit nicht mitgegangen sind.

Die Nachziehung ist also notwendig und ist auch von beiden Vorrednern die Notwendigkeit dieses Gesetzes begrüßt worden. Was das erste Kriterium hinsichtlich der Orte anbelangt, so müssen wir aus der Praxis heraus feststellen, daß es sich nicht nur um eine reine Fremdenverkehrsabgabe handelt, sondern auch im erweiterten Sinne um eine Übernachtungsabgabe. Irgendwo muß ja das Geld herkommen, und es kann niemand behaupten, daß etwa die Städte Bruck und Leoben nicht auch eine entsprechende Bettenanzahl aufzuweisen haben. Als Äquivalent dafür ist ja auch dieser einkommende Betrag zweckgebunden und fließt natürlich wieder an die Fremdenverkehrsbetriebe, also auch an die Übernachtungsbetriebe, zurück.

Die zweite Kritik behandelt die Verteilung. Der Regierungsentwurf sieht 50 zu 50 vor. Die Österreichische Volkspartei beantragte im Finanzausschuß, die Abgabe so zu teilen, daß 40% den Gemeinden überlassen und 60% dem Fremdenverkehrs-Investitionsfonds zugeführt würden. Die Überlegung war folgende: Der bisherige Anteil der Gemeinden an dieser Abgabe war zweifellos zu wenig und bot in dieser Höhe keinen Anreiz. Die Erfolge haben wir in der Vergangenheit gesehen. Es lag also im Sinne des Gesetzes, den Gemeinden

für die Hereinbringung dieser Abgabe einen Anreiz zu geben, um dann andererseits aus dem Mehrerlös dieser Abgabe für den Fremdenverkehr mehr zu leisten. Die steirischen Gemeinden haben auf diesem Gebiete sicherlich sehr viel geleistet, aber es ist auch noch sehr viel zu tun. Die Errichtung von Wegen und Brücken oder Straßen oder sonstiger Baulichkeiten mit den Möglichkeiten zu vermengen, die dieser bescheidene Abgabenteil hier einbringt, ist, glaube ich, nicht sehr richtig. Dafür sind andere Konten des Landesbudgets da. Die Erhöhung beträgt allerdings 15% für die Gemeinden, die Heraufsetzung unsererseits beträgt 10%. Wenn man also auf der einen Seite von der Kürzung spricht, dann muß man gerechterweise auch hervorheben, daß die Gemeinden statt 25% wie bisher, nunmehr 40%, also um 15% mehr bekommen. Meine beiden Vorredner haben dies nicht mit derselben Deutlichkeit herausgestrichen, wie sie die von uns beantragte Kürzung von 50 auf 40% kritisiert haben. Kommen wir zur Begründung unseres Antrages und lassen Sie mich zuerst einige Zahlen nennen: Das neue Abgabengesetz bringt dem Lande einen Betrag von 4,2 Millionen Schilling herein, wovon nach dem Regierungsentwurf auf die Gemeinden 2,1 Millionen Schilling entfallen und das Land ebenfalls 2,1 Millionen Schilling. Der Gemeindeanteil würde nach unserem Antrag um 10% gekürzt werden, das heißt, daß es sich dabei um einen Betrag von 400.000 S handeln würde, der nun zugunsten des Fremdenverkehrsreferates sozusagen zurückbehalten werden soll. Werden diese 400.000 S, Hohes Haus — ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich von den 800 steirischen Gemeinden vielleicht 500 als Fremdenverkehrsgemeinden bezeichne —, also auf die rund 500 Fremdenverkehrsgemeinden aufgeteilt, so entfällt auf eine Gemeinde ein Betrag von 800 bis 1000 S, die letzten Endes durch die im Regierungsentwurf vorgesehene Aufteilung von 50 zu 50 den Gemeinden verbleiben würden. Aus der Erwägung, diesen Betrag nicht zu verzetteln, sondern diese 400.000 S, die das Land mehr einnehmen würde, unter Umständen schwerpunktmäßig anzusetzen, da und dort eine Initialzündung für manches Vorhaben zu geben, hat sich die ÖVP, um also eine größtmögliche Konzentration dieser bescheidenen Mittel — sie sind ja trotzdem bescheiden — zu ermöglichen, für diesen Aufteilungsschlüssel entschlossen und den entsprechenden Antrag eingebracht.

Ich muß anerkennend hervorheben, daß sich beide Parteien für die Annahme des Gesetzes ausgesprochen haben, ich war nur bemüht, nach den beiden Kritiken der Öffentlichkeit darzulegen, weshalb die ÖVP sich für den Schlüssel 40 zu 60 einsetzte, wobei ich noch ergänzend feststelle, daß die einkommenden Beträge zweckgebunden werden, d. h., zur Gänze der Fremdenverkehrsförderung zugewiesen werden.

Ich glaube, zum Schluß feststellen zu können, daß die ÖVP mit diesem Antrag nicht unpopulär wird, aber Sie, meine sehr verehrten Vorredner, mit dieser Kritik auch nicht populärer werden. (Beifall.)

Präsident: Wortmeldung liegt keine mehr vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Diejenigen

Damen und Herren, die mit dem Antrag des Berichterstatters einverstanden sind, bitte ich, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Zum 2. Tagesordnungspunkt Kastenreith liegt eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Kaan, Dr. Rainer, Karl Lackner, Krempf, Hofbauer, Hans Brandl, Vinzenz Lackner, Dr. Stepantschitz, Dr. Stephan und Scheer an den Herrn Landeshauptmann Josef Krainer vor.

Diese Anfrage hat folgenden Wortlaut:

„Ist der Herr Landeshauptmann gewillt, bei den zuständigen Ministerien dringlich in dem Sinne vorstellig zu werden, daß ehestens über den Widerstreit zugunsten des Fünfstufenprojektes entschieden und die wasserrechtliche Bewilligung zum unverzüglichen weiteren Ausbau erteilt werden.“

Diese dringliche Anfrage hat die erforderliche Unterstützung.

Ich erteile dem Herrn Abg. Dr. Kaan das Wort zur Begründung.

Abg. Dr. Kaan: Der Steiermärkische Landtag hat sich bereits mehrmals mit dem Erfordernis eines raschen stufenweisen Ausbaues der Wasserkräfte an der mittleren Enns zur Sicherung der Stromversorgung durch die Landesgesellschaft STEWEAG beschäftigt. Seit der Fertigstellung des Kraftwerkes Altenmarkt konnten weitere Stufen nicht mehr in Angriff genommen werden, da das widerstreitende Großprojekt Kastenreith diesem weiteren Ausbau entgegensteht. Nach einer Erklärung des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft in der 78. Nationalratssitzung ist eine Erledigung des seit Jahren anhängigen wasserrechtlichen Widerstreitverfahrens mit Ende März zu erwarten gewesen. Nun war jüngsten Nachrichten zu entnehmen, daß die Entscheidung der obersten Behörden über den Widerstreit wieder nicht mit der gebotenen Raschheit zu erwarten sei. Es bringt diese Nachricht neuerlich Unruhe und Unsicherheit in die betroffene Bevölkerung, die befürchtet, daß die wirtschaftlichen Lähmungserscheinungen dieses Schwebezustandes sich verschärfen und dieses uralte Siedlungsgebiet schließlich doch überflutet werden könnte. Das Großprojekt Kastenreith überschreitet seiner Größenordnung nach die Grenze, die im § 1 Abs. 5 der Gemeindeordnung 1959 zum Schutz der steirischen Gemeinden bestimmt wurde. Es ist auch zu befürchten, daß die Ausführung dieses Großprojektes die Möglichkeiten der Verwendung inländischer Kohle weiter beschränken und so auf die Dauer die Schwierigkeiten im steirischen Bergbau verstärken werde.

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann das Wort zur Beantwortung.

Landeshauptmann Josef Krainer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Wille der Steiermark, des Landtages als gesetzgebende Körperschaft und der Landesregierung, war seit 1919 darauf bedacht, die eigenen Wasserkräfte, so insbesondere jene der Enns, auszunützen. Schon der provisorische Landtag hat im Jahre 1919 den Projekten

des Landes den Vorzug gegeben und diesen Willen gesetzlich verankert. Als das Wasserrecht Bundessache wurde, hat das Parlament den bevorzugten Ausbau der Wasserkräfte durch die Länder im § 18 des Wasserrechtsgesetzes festgelegt. Wir sind bei diesem unseren Vorhaben in ständige Konkurrenz mit verschiedenen außersteirischen Interessengruppen geraten. Dieser Zustand hat sich bis zum heutigen Tag nicht geändert. Es nimmt wunder, daß es um ein steirisches Gewässer überhaupt solchen Streit gibt. Es kann aber der Friedlichste im Frieden nicht bauen, wenn es der böse Konkurrent nicht zulassen will.

Die Beantwortung der dringlichen Anfrage der genannten Abgeordneten gäbe, Hohes Haus, reichlich Gelegenheit zu Polemiken, zu Erwiderungen, zu Richtigstellungen, und es ist schon viel auf diesem Gebiet, besonders in den letzten Wochen, geschehen und vor sich gegangen. Aber ich will mich solcher Polemik oder solchen Gegenäußerungen der Sache wegen gern enthalten.

Ich bin ebenso besorgt wie die Anfrager, daß die Entscheidung der Obersten Wasserrechtsbehörde im angestrengten Widerstreitverfahren nicht ergeht, weil offenbar das Einvernehmen zwischen dem Landwirtschafts- und dem Verkehrsministerium nicht erzielt werden kann. Uns bleibt aber kein anderer Ausweg, als unter Beachtung der Verfassung und der einschlägigen Gesetze mit allen Mitteln den weiteren Ausbau der Enns zu forcieren, und zwar den Stufenausbau, da wir uns in keinem Prinzipienstreit ob Großprojekt Kastenreith oder stufenweiser Ausbau der Enns erschöpfen wollen.

Es kann nicht im Wesen einer Rechtsordnung liegen, Unordnung und Unsicherheit für tausende Menschen herbeizuführen und sinnvolle wirtschaftliche Betätigung zu verhindern. Uns geht es darum, dem steigenden Energiebedarf in unserem Lande Rechnung zu tragen, billigen Strom zu erzeugen und ein vernünftiges Verhältnis zwischen Energie aus Wasser- und Dampfkraftwerken herzustellen. Weiters ist auch auf die richtige Relation zwischen Eigenerzeugung und Fremdbezug von der Verbundgesellschaft zu achten. Wir müssen in Hinsicht auf die Kohlenkrise auf den Bergbau Rücksicht nehmen, der zu 60% in der Steiermark beheimatet ist. In unseren Entscheidungen dürfen wir diesen Zustand und diese Tatsachen niemals außer acht lassen.

Ich möchte auch grundsätzlich zu unserem bisherigen und künftigen Verhalten im Ausbau der Enns folgendes erklären:

Wir nehmen für uns dasselbe Recht in Anspruch, das für die Ennskraftwerke selbstverständlich ist, nämlich vor Bewilligung des Bauvorhabens die geologische Erforschung und die Aufschließung vorzunehmen.

Warum sind wir gegen das Großprojekt Kastenreith?

Das ist ja die Gretchenfrage. Unsere Überlegungen und Handlungen gelten den menschlichen Problemen, denen sich auch große Werke der Technik letztlich unterordnen müssen. Das Großspeicherwerk Kastenreith würde weite Gebiete des steirischen Ennstales dauernd überfluten. Der Stau

würde sich in einer Länge von 36 km erstrecken. Das Absinken des Staues müßte zwangsläufig in einer Länge von 13 km Odland freilegen, welches zur Gänze auf steirischem Gebiet liegt. Rund 3500 Personen wären unmittelbar betroffen. Nach den letzten Erhebungen müßten 185 Wohngebäude, 101 Wirtschaftsgebäude, 63 Betriebsstätten mit einer Belegschaft von 623 Arbeitern und Angestellten geräumt und würden in weiterer Folge überflutet werden. Etwa 6500 Menschen würden in den Randgebieten von Kastenreith in ihrer Existenzgrundlage, und zwar auf steirischer Seite, beschnitten werden, so daß mit einer teilweisen Abwanderung gerechnet werden müßte. Diesen Menschen die Heimat unter Wasser zu setzen heißt, elementare menschliche Regungen und Bedürfnisse nutzlos einem technischen Großprojekt zu opfern. In diesem Zusammenhang muß noch festgestellt werden, daß Fachleute übereinstimmend festgestellt haben, daß wir in den kommenden Jahren keineswegs Speicherkraftwerke zur Energieversorgung benötigen, sondern daß für die Energieversorgung Laufkraftwerke notwendig sind. Es gibt aber statt Groß-Kastenreith einen anderen Weg, um auch den energiewirtschaftlichen Forderungen zu entsprechen und dabei die menschlichen Probleme auch hinsichtlich der Bergarbeiter zu berücksichtigen. Die STEWEAG hat ein 5-Stufenprojekt ausgearbeitet, wovon eine Stufe, das Kraftwerk Altenmarkt, mit einem Aufwand von 200 Millionen Schilling schon verwirklicht wurde. Die finanzielle Seite des Großspeicherwerkes Kastenreith und des 5-Stufenprojektes der STEWEAG sprechen für sich. Kastenreith erfordert einen Aufwand von mindestens 4 Milliarden Schilling, das 5-Stufenprojekt der STEWEAG hingegen 1,2 Milliarden Schilling. Bis zum heutigen Tage haben die Ennskraftwerke bei der Wasserrechtsbehörde nicht nachweisen können, woher sie das Geld für ihr Projekt nehmen wollen. Die Fraglichkeit der Kapitalsbeschaffung spielt mit, daß also eine weitere Unsicherheit auf viele Jahre hinaus in diesem Gebiete vorhanden wäre. Die 1,2 Milliarden der STEWEAG sind verfügbar; wir erleben hier den Fall einer beachtlichen Eigenfinanzierung, die in den Bereichen der Kraftwerksbauten nicht viele Beispiele hat. Schließlich gehen unsere Interessen dahin, der steirischen Industrie und den Haushalten billigen Strom zu liefern.

Der Strom aus Kastenreith würde bei Zugrundelegung eines Ausbaues von 4 Milliarden Schilling 35,5 Groschen pro Kilowattstunde kosten, jener aus dem 5-Stufenprojekt 17 Groschen pro Kilowattstunde. Schon dieser Kostenfaktor spricht für das Projekt der STEWEAG. Die Vergleichsgröße der erzeugten Kilowattstunden ist bei Kastenreith 100 im Vergleich zum Stufenausbau mit 65 Arbeitsvermögen zu bewerten.

Ein weiterer wesentlicher Grund unseres Widerstandes gegen das Großprojekt Kastenreith liegt darin begründet, daß die Steiermark von der Kohlenkrise im besonderen betroffen ist. Wir haben daher die Pflicht, alles daran zu setzen, um erhöhten kontinuierlichen Kohlenverbrauch, vor allem der Feinkohle, zu sichern, damit den Bergarbeitern der Arbeitsplatz erhalten bleibt. Deshalb bekennen

wir uns auch zum Betrieb und Ausbau von kalorischen Kraftwerken.

Eine ernst zu nehmende Kostenrechnung auf Grund von Unterlagen der Draukraftwerke AG. und der Berechnungen des Ausbaues von Kastenreith bei Annahme von 4 Milliarden Schilling Ausbauekosten ergibt einen Strompreis, wie ich schon früher gesagt habe, von 35,5 Groschen. Der Ausbau des Dampfkraftwerkes Zeltweg in der Größenordnung von etwa 620 Millionen Schilling ergibt einen Strompreis von 30 Groschen (wobei vermerkt werden muß, daß Zeltweg ja schon ausgebaut ist), das heißt mit anderen Worten, bei einer Leistung des Dampfkraftwerkes Zeltweg mit etwa 4850 Jahresstunden kann also der Spitzenstrom für Österreich, den Kastenreith erzeugen will, vom Dampfkraftwerk Zeltweg bezogen werden, und dazu mit dem Vorteil, daß die Kilowattstunde um 5 Groschen billiger ist. Wir können angesichts der Tatsache, daß der Kohlenbergbau Ratten mit einer Belegschaft von rund 500 Arbeitern und Angestellten bereits stillgelegt wurde und dort ein für jedermann sichtbarer Niedergang der Wirtschaft und eine damit verbundene Entsidelung feststellbar ist, nicht tatenlos zusehen und etwa weitere Bergarbeiter-Elendsgebiete hinnehmen. Im Gegenteil! Es muß in diesem Zusammenhang die erhöhte Verfeuerung von Feinkohle zur Absatzsicherung des Bergbaues gefordert werden. Die sich bietende Gelegenheit, den Spitzenstrombedarf für Österreich zu einem Teil durch das neuerbaute Dampfkraftwerk Zeltweg zu decken, müssen wir natürlich mit allem Nachdruck ausnützen.

Wir neiden unseren Freunden in Oberösterreich keineswegs die Industrialisierung seit 1938, aber das Land Steiermark als altes Industrie- und Bergbauland muß jede wirtschaftliche Schwächung zugunsten eines Großkraftwerkes Kastenreith selbstverständlich ablehnen.

Auch ein blinder Fortschrittsglaube, daß nur das vermeintlich Große mehr Platz in Österreich finden könnte, kann die menschlichen Probleme der Ausiedlung im unteren Ennstal nicht aus der Welt schaffen. Bestand haben wird auf der Welt und in Österreich jedoch immer nur das Solide. Jetzt komme ich auch noch zu einer Überlegung und zu einem heiklen Problem, die Finanzierung: Das Elektrizitätsförderungsgesetz wurde geschaffen, um die elektrische Energie in Österreich der Wirtschaft zu sichern und den Ausbau der Kraftwerke zu ermöglichen. Wenn die STEWEAG Abschreibungen vornimmt, um den steigenden Energiebedarf durch den Ausbau neuer Kraftwerke zu decken, so hat sie im Sinne des Gesetzgebers gehandelt. Das Stufenprojekt der STEWEAG gibt die weitestgehende Möglichkeit zur Abschreibung nach dem Elektrizitätsförderungsgesetz und damit zur Kapitalsbildung und Eigenfinanzierung. Die Ennskraftwerke haben durch die Verflechtung mit der Verbundgesellschaft diese Möglichkeit nicht und müssen daher den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen. Es ist zur Zeit nicht nur für die Fachleute, sondern für jeden finanzpolitisch denkenden Menschen völlig klar, daß innerhalb der nächsten Jahre oder des nächsten Jahrzehnts 4 Milliarden Schilling im Anleihewege nicht

beschafft werden können, weil ja eine Reihe von Kraftwerken im Ausbau ist, die sosehr unter der Kapitalsnot für ihren Ausbau ächzen. Ebenso ist es aussichtslos, daß durch eine Kapitalerhöhung der Aktionäre, das wären der Bund, das Land Oberösterreich und einige Länder mit kleinen Beteiligungen, also durch Aufstockung des Aktienkapitals, das Baukapital beschafft werden könnte.

Was ist also solider, vernünftiger und wirtschaftlicher für die österreichische Kapitalsituation? Krampfhaft nach nicht vorhandenen Anleiheöglichkeiten zu suchen oder den Stufenausbau durchzuführen, der den Kapitalmarkt nicht in Anspruch nimmt? Jeder Vernünftige würde selbstverständlich sagen, daß das Kleinere, Sichere und Solidere wertvoller ist, das heißt, das 5-Stufenprojekt verwirklichen. Diese finanzielle Überlegung stellt klar, daß in weiter Ferne kein Kastenreith ausgebaut wird, wohl aber jeden Tag der stufenweise Ausbau fortgesetzt werden kann. Und dadurch gibt es für das Gebiet der unteren Enns weitere Impulse, die sich weit über unser Land und auch nach Oberösterreich hinein erstrecken. Hier sei auch vermerkt, daß es auf steirischem Gebiet kein Bauverbot gibt. Das Gerede aber und die ständigen Behauptungen, Groß-Kastenreith werde gebaut, lähmen durch die Ungewißheit wirtschaftliche Initiative. Nun auch ein Vorschlag zur Güte. Wir fühlen uns in unserem Recht und im Kampf um die menschlichen und wirtschaftlichen Probleme, aber auch in der Rechtsordnung, die noch lange nicht ausgeschöpft ist, so stark, daß wir auch einen Vermittlungsvorschlag zur Diskussion stellen können. Wir bauen bis zur Landesgrenze Oberösterreich unsere noch im Plan vorgesehenen 2 offenen Stufen, Krippau und Landl, aus. Altenmarkt besteht bereits. Die Endstufen auf der oberösterreichischen Seite werden entweder von der OKA oder den Ennskraftwerken ausgebaut. Wir sind bereit, alle Vorteile der Schwellung und die Vorteile der einzelnen steirischen Stufen der OKA oder den Ennskraftwerken anzubieten, und zwar in der Weise, daß eine gemeinsame Betriebsführung aller 5 Stufen mit einem finanziellen Erfolgsausgleich vorgeschlagen wird, so daß aus diesem Fünfstufenprojekt einheitliche Stromkosten für alle Beteiligten möglich werden. Wir sind weiter bereit, im Rahmen der österreichischen Energiewirtschaft uns an Sondergesellschaften mit Eigentumsanteil zu beteiligen. Wir denken hier vor allem an die noch offenen Draustufen. Der Zustand der Verzögerung muß ein Ende finden. Die Straßen müssen dort ausgebaut, die Betriebe modernisiert, Förderungsmaßnahmen für Fremdenverkehrswirtschaft und Landwirtschaft eingeleitet werden. Die Entscheidung für das 5-Stufenprojekt darf und kann nicht länger verhindert werden. Wir sind bereit zu bauen, wir sind bereit zu verhandeln. Wir wollen keinen Streit, wir wollen für das Gebiet der mittleren Enns wieder eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung und wir wollen aus bester und innerer Überzeugung das 5-Stufenprojekt bauen. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Wird der Antrag auf Durchführung einer Wechselrede gestellt? Ich möchte, bevor die Wechselrede beginnt, auf Grund der Statuten un-

serer Geschäftsordnung mitteilen, daß nach § 58 Punkt 4 zehn Abgeordnete diesen Antrag zu unterstützen hätten.

Abg. Dr. Rainer: Ich stelle den Antrag auf Durchführung einer Wechselrede.

Präsident: Herr Abg. Dr. Rainer stellt den Antrag auf Durchführung einer Wechselrede. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen und ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Ich eröffne die Wechselrede und erteile dem Abg. Dr. Kaan das Wort.

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! An die Eingangsworte des Herrn Landeshauptmannes anknüpfend „es kann der Beste nicht im Frieden bauen, wenn es den bösen Konkurrenten nicht gefällt“, möchte ich betonen, daß uns nichts ferner liegt, als etwa einen Krieg gegen Oberösterreich zu führen. Wir betrachten daher auch das Problem „mittlere Enns, Kastenreith oder Stufenausbau“ niemals als die Austragung eines Gegensatzes zwischen der Steiermark und dem Land Oberösterreich. Alle darauf abzielenden Darstellungen sind bewußte Entstellungen, die von den wahren Gründen des Streites ablenken sollen. Vor allem sei zum Beweise dieser Behauptung nochmals die Stellung der Steiermark zum Ennsproblem kurz beleuchtet.

Wer die jüngere Geschichte der Steiermark kennt, weiß, in welcher Not, in welcher Furcht und in welcher Zwangslage sich der Steiermärkische Landtag im Jahre 1919 befunden hat und daß er trotzdem damals die Ruhe und Überlegung und die Entschlußkraft gefunden hat, durch ein beispielgebendes Gesetz, beispielgebend für die Gesetzgebung ganz Österreichs, Grundsätze festzulegen, die vor allem die Wasserkraft und die Kohlenreserven des Landes vor fremden Zugriffen zu sichern hatten. Dies geschah vornehmlich mit der Blickrichtung auf die Enns, auf dieses Wasserkraftjuwel, welches die Steiermark besitzt und bis dahin noch nicht nutzen konnte. Von den damals aufgestellten und gesetzlich verankerten beispielgebenden Grundsätzen seien vorerst nur 2 hervorgehoben, die auch schon der Herr Landeshauptmann in seiner Antwort erwähnt hat; es ist 1. das Primat des Landes auf seine Wasserkraft und 2. die gesetzliche Ermöglichung eines bevorzugten, das ist eines von allen Verfahrenshindernissen befreiten, beschleunigten Ausbaues. Es muß nun die Steiermark, die also in Blickrichtung auf die Enns dieses Gesetz geschaffen hat, als bitteren Hohn empfinden, daß sie selbst durch Jahrzehnte gehindert wurde, diesen Ausbau auch nur zu beginnen und in entsprechender Beschleunigung fortzusetzen. Denn erst im Jahre 1956 war es möglich, das Werk Hieflau anzugehen und erst im Jahre 1958 das Werk Altenmarkt, wo wir auch heute noch stehen. In der Zwischenzeit hat beispielsweise auf oberösterreichischem Gebiet der Ausbau von 6 Ennsstufen vorgenommen werden können, in Oberösterreich, auf dessen Gebiet gleichzeitig meines Wissens 2 ganz große Donauwerke entstehen

und dessen Landesgesellschaft, die OKA, auch mit der Rahmenplanung für die Traun ein ausschließlich großes wasserrechtliches Arbeitsgebiet erhalten hat. Für uns in der Steiermark ist aber das einzig wertvolle Wasserkraftdarbot für Laufwerke, die Enns, bisher immer noch verschlossen geblieben, mit Ausnahme des Ausbaues dieser zwei Werke. Während in den ersten Jahrzehnten des Kampfes um die mittlere Enns eigentlich das Primat des Landes Steiermark nie ernstlich bestritten war, hat erst das Auftauchen des Großprojektes Kastenreith Verwirrung und leider auch eine Verkrampfung in der Auseinandersetzung über den Ausbau gebracht, in einem Ausmaß, daß alle hier und insbesondere die Bevölkerung der mittleren Enns, schwer darunter zu leiden haben. Nicht Oberösterreich war es, das das Projekt Kastenreith gebracht hat; Träger des Projektes Kastenreith ist die Enns-Kraftwerke-AG., eine Sondergesellschaft, die nur nach geographischen Gegebenheiten, also mehr zufällig, ihren Sitz in Oberösterreich hat, deren Mehrheit aber in den Händen der Verbundgesellschaft liegt, die also dem Verbundkonzern angehört und willensmäßig maßgebend vom Verbundkonzern bestimmt wird. Es ist also, wie ich nochmals sage, nicht ein Kampf Oberösterreich oder oberösterreichischer Stellen gegen die Steiermark oder gegen steiermärkische Stellen, sondern es ist ein klarer Kampf des Zentralismus gegen den Föderalismus, oder, mit anderen Worten gesagt, ein industrieller Machtkampf, um den es hier geht. Die Mittel des Kampfes gegen die Landesgesellschaft sind, wenn ich sie strategisch beleuchte: Der Verbundkonzern will die Landesgesellschaften am eigenen Bauen hindern mit dem Ziele, daß der Eigenanteil an erzeugter Energie immer geringer, also der Fremdbezug an Strom immer größer wird und dadurch die wirtschaftliche Abhängigkeit der Landesgesellschaften und damit natürlich auch der Stromabnehmer gegenüber den Zentralstellen wächst. Der zweite Zweck, der damit verfolgt wird, daß die Mittel, die im Lande für den Energieausbau vorhanden sind, nicht dem Eigenausbau zufließen, sondern, weil sie eben verwendet werden müssen, auch wieder dem Ausbau durch die Sondergesellschaften bzw. durch die Zentralstellen. Das ist das strategische Ziel, dem wir gegenüberstehen. Würden wir gegenüber diesem Ziel kapitulieren oder die Zügel schleifen lassen, so müßte man wirklich an das Sprichwort denken von den Kälbern, die ihre Metzger selber wählen. (Abg. Scheer: „Das ist erst im Herbst der Fall.“) Das Projekt Kastenreith bildet in diesem Streit zur Erreichung dieses strategischen Zieles nur ein Kampfmittel, also ein Mittel zum Zweck. Dieses Eindrucks konnte ich mich im Verlaufe der vergangenen, leider schon langen Jahre, in welchen ich mich mit diesem Streit zu beschäftigen hatte, niemals erwehren. Ich glaube nicht daran, daß ernstlich jemand daran denkt, Kastenreith in absehbarer Zeit auszubauen. Ich kann mich hier auf die bezeugte Äußerung eines maßgebenden Mannes der Zentralstellen berufen, der jüngst geäußert hat „man darf uns doch nicht für so dumm halten, daß wir wirklich Kastenreith angehen wollen“. So sagte er sinngemäß. Leider aber ist aus gleichem Mund der Ver-

such unternommen worden, in letzter Stunde einer mehrtägigen Widerstreitverhandlung vor der Obersten Wasserrechtsbehörde für das Projekt Kastenreith einen guten Wind in die Segel zu bekommen, indem plötzlich ein Vorstandsbeschluß der Verbundgesellschaft verkündet wurde, wonach diese den sofortigen Ausbau des Werkes Kastenreith auf ihr Programm stellen würde, sofern der Widerstreit zugunsten Kastenreith entschieden werden sollte. Ich bin der Meinung, daß diesem Vorstandsbeschluß die entsprechende societäre Grundlage fehlt, aber insbesondere auch zur Verwirklichung das Geld fehlt.

— Damit sind wir beim Problem des Widerstreites angelangt. Die Nichtbeendigung des Widerstreites auf dem zuständigen Weg bildet ja den Anlaß der heutigen Landtagsitzung. Sie gestatten mir daher, daß ich ganz wenig zurückblende auf den Beginn des Widerstreites. Es war schon ein großes Entgegenkommen der Steiermark, daß sie sich überhaupt auf den Widerstreit eingelassen hat. Nach dem rechtlichen Standpunkt der Steiermark besteht gar kein Anlaß für einen Widerstreit, weil das eingereichte angeblich widerstreitende Projekt Kastenreith vorweg den öffentlichen Interessen so schwer widerspricht, daß es nach den Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes niemals bewilligt werden könnte und weil zweitens ein gültiges Landesgesetz seiner Ausführung entgegensteht (Sie wissen, § 1 Abs. 5 der Gemeindeordnung) und schließlich, weil, ausgehend von der 1919er-Gesetzgebung, die ja in dieser Hinsicht übernommen wurde und die der Herr Landeshauptmann in seiner Antwort unter Zitierung des § 18 schon angeführt hat, dem Lande der Vorzug für den Ausbau seiner Wasserkräfte gesetzlich zusteht. Da das Land Steiermark eindeutig zum Ausdruck gebracht hat, daß es von diesem Recht hinsichtlich der mittleren Enns Gebrauch machen will, bestand vorweg kein Anlaß, einen Widerstreit mit einem Projekt, das nicht das Land vertritt, einzuleiten. Wenn wir trotzdem darauf eingegangen sind, das sei heute historisch festgehalten, daß wir uns dazu bestimmen ließen, damit wir die günstigere der Ausführungsarten für das Werk Altenmarkt erwirken, nämlich die Frenzbachlösung, die von allen Wasserwirtschaftern als die würdigere und vernünftiger angesehen worden ist, weil sie die restlichen 3 km der Ennsstufe, die noch in der Steiermark liegen, voll ausnützt. Wir sind also in diesen Widerstreit trotz dieser Gesetzeslage eingetreten. Und nun muß ich die Damen und Herren des Hohen Landtages ein wenig aufhalten, weil ich den Eindruck habe, daß die Wiener Gehirnwäsche auf manche Herren in Oberösterreich nicht richtig gewirkt hat, so daß es zur Verbreitung von Unwahrheiten und Unrichtigkeiten gekommen ist, die hier noch in den wichtigsten Punkten richtiggestellt werden müssen. Vor allem die Verfassungsmäßigkeit der Gemeindeordnung. Meine Damen und Herren, Sie haben schon wiederholt in diesem Hause Ausführungen darüber anhören müssen, die die Verfassungsmäßigkeit dieser Gemeindeordnungsnovelle bejaht haben, Ihnen aber auch erzählt haben, daß alle namhaften Juristen der zuständigen Stellen die Verfassungsmäßigkeit geprüft und kein Haar in der Suppe gefunden haben. Denn

hätten sie ein solches Haar gefunden, so wäre selbstverständlich die Verfassungsmäßigkeit dieses Landesgesetzes schon längst auf zuständigem Wege angefochten worden. Und es ist unrichtig, daß abgewartet werden muß, bis der Fall Kastenreith zur Entscheidung kommt, denn Artikel 140 Abs. 1 der Bundesverfassung sieht vor, daß die Bundesregierung jederzeit ein nach ihrer Ansicht verfassungswidriges Landesgesetz vor dem Verfassungsgerichtshof anfechten kann. Die Bundesregierung hat sich bisher nicht bestimmt gesehen, von diesem ihrem Recht hinsichtlich der Gemeindeordnung Gebrauch zu machen. Bei der Gewissenhaftigkeit, mit welcher die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit erfolgt ist, ist nicht anzunehmen, daß hier etwas übersehen wurde. Des weiteren wurde in einer Fachzeitschrift, aber, wenn ich richtig informiert bin, auch im Oberösterreichischen Landtag Herr Prof. Grengg als die maßgebende Persönlichkeit zur Beurteilung eines Wasserkraftausbaues an der Enns zitiert, aber leider sehr unvollständig zitiert. Ich sehe mich daher genötigt, auf diesem Wege die richtigen Schlüßworte des Schlußberichtes des Herrn Prof. Grengg als Vorsitzenden der sogenannten Sachverständigenkommission hier wiederzugeben. Sie lauten nämlich: „Auf jeden Fall ist die Entscheidung dringlich. Kastenreith, ein Übergangstyp zwischen Laufwerk und Langspeicherwerk, zugleich auch Kurzspeicherwerk, bestens gelegen und ein Wasserkraftprojekt hohen Ranges, erfordert zu seiner Verwirklichung das einhellige Zusammenwirken aller Beteiligten.“ Hier stockt die Feder des Journalisten, der dieses Gutachten wiedergegeben hat, denn den weiteren Satz hat er unterlassen und meines Wissens auch der Wiedergeber im Oberösterreichischen Landtag. Denn es lautet weiter: „sowie einen zwangsläufigen Einsatz großer Mittel, somit den Vorrang im österreichischen Gesamtprogramm unter Zurücksetzung anderer beachtenswerter Großprojekte. Es würde für die Totalität der Ennswasserkraftnutzung das Prinzip der Wirtschaftlichkeit preisgeben und gleichwohl erhebliches Fremdkapital aufbringen müssen. Treffen diese Voraussetzungen nicht zu, dann gewinnt der Stufenausbau, ungeachtet seines geringeren Gesamtergebnisses wegen der Möglichkeit, fast ohne Beanspruchung des Kapitalmarktes und mit hoher Wirtschaftlichkeit die Ennswasserkraft zu erschließen, so sehr an Bedeutung, daß es nicht zu verantworten wäre, ihn unter Hinweis auf Kastenreith zu hemmen.“

Das sind die wirklichen Worte des Schlußberichtes des Herrn Prof. Grengg. Sollte ein weiterer Kommentar dazu notwendig sein, so bin ich überzeugt, daß Herr Prof. Grengg ihn an geeigneter Stelle selbst geben wird. Des weiteren wurde im Widerstreitverfahren, aber auch nachher, die Mär verbreitet, die Steiermark habe zwar ein 5-Stufenprojekt eingebracht, sie denke aber gar nicht daran, die Stufen, die nicht wirtschaftlich sind, auszubauen, sondern sie will sich aus dem Kuchen nur die Weinberln herausnehmen und die guten steirischen Stufen ausbauen. Das ist bewußt unwahr, denn die STEWEAG hat nicht nur ein Anbot erstellt hinsichtlich des Ausbaues der oberösterreichischen Stufen, sondern sich ausdrücklich gegenüber der Wasserrechtsbehörde mit einer Auflage einverstanden er-

klärt, die ihr mit der Genehmigung oder mit der Entscheidung des Widerstreites zu geben wäre, wonach sie verpflichtet wäre, flüssig den stufenweisen Ausbau der Enns einschließlich der oberösterreichischen Stufen vorzunehmen. Nun noch ein anderes Blitzlicht aus dem Widerstreitverfahren.

Sie wissen und haben es der Antwort des Herrn Landeshauptmannes entnommen, daß für unseren Entschluß vornehmlich das menschliche Problem bestimmend ist, also aus diesem menschlichen Problem auch das Problem der Umsiedlung, welche mit dem Verluste der Arbeitsstätten bzw. mit der Überflutung der Wohnhäuser verbunden ist. Und wir haben nun während des Widerstreitverfahrens von einem Sachverständigen, einem landwirtschaftlichen Sachverständigen der oberösterreichischen Seite, eine Darstellung über die bisherigen Erfahrungen in dieser Materie zu hören bekommen, eine ziffernmäßige Zusammenstellung, in welchem Ausmaße in Oberösterreich das Problem bereits bewältigt wurde. Uns gingen die Augen über, und mein Nachbar ließ die Worte fallen: „Gegenüber diesen Methoden und dem Tempo dieser Methoden ist die berüchtigte Bauernlegerei der vergangenen Jahrhunderte ja geradezu ein Kinderspiel.“ Wir wollen dieses Kinderspiel in der Steiermark nicht mitmachen. Es ist auch unrichtig, wie wir zu hören bekommen haben, daß etwa die Energiewirtschaftler sich eindeutig für Kastenreith ausgesprochen haben. Es liegt ein zuständiges Gutachten eines Energiewirtschaftlers im Widerstreitakt vor, das geradezu das Gegenteil besagt. Wir haben aber vor allem in diesen Akten und im Verfahren mündlich vorgetragen bekommen das Gutachten des Amts-technikers des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft als des zuständigsten Mannes zur Beurteilung der beiden Projekte. Er sagt beispielsweise, daß die behauptete Dämpfung der Hochwasserwellen der Enns keineswegs in dem erwarteten Ausmaße durch das Werk Kastenreith herbeigeführt würde und außerdem eine Erhöhung des Staues um 2,50 m erfordern würde. Da wir jetzt schon eine Spiegelschwankung von 40 m hinnehmen müssen, so würde das also eine weitere Erschwernis und weitere wahrscheinlich nicht projektierte Aufwendungen bezüglich der Ufersicherung erfordern. Wir haben aber weiters gehört, daß auch die Ufersicherungen bzw. eine Bedachtnahme auf die geologischen Gegebenheiten dieses Stauziel wieder nicht gestatten würden, sondern ein etwa um 3 m tieferes Stauziel. Jetzt können Sie sich bei der Oberfläche des künftigen Stausees vorstellen, in welchem Ausmaße hiedurch aber auch die Wirtschaftlichkeit dieses Stauraumes beeinträchtigt würde. Ich führe diese beiden Beispiele nur an, um die Unsicherheit der Berechnung der Wirtschaftlichkeit durch die Projektanten, etwas, was wir ja immer schon bekämpft haben, zu beleuchten. Es wurde auch von Seite der Verbundgesellschaft bzw. der Ennskraftwerke immer uns Steirern gesagt: „Seid's doch froh, ihr habt eh zu wenig Seen. Hier entsteht etwas, auf dem eine Fremdenverkehrsindustrie sich entwickeln kann, eine Verschönerung des Landschaftsbildes und vor allem die Schifffahrt wird dort sogar gefördert werden können.“ Nun will ich Ihnen ersparen, die diesbezüg-

lichen langatmigen Ausführungen des Amtstechnikers wiederzugeben, aber einige Worte aus dieser amtlichen Äußerung muß ich doch sagen. Schließlich werden durch den Ausbau der Wasser- und Brückenanlagen wohl die derzeit bestehenden Verkehrsverhältnisse in der Querrichtung zum Stausee verbessert, der abgesenkte See würde aber durch seine teils steilen, teils breiten, verschlammten Hangflächen schon die bloße Annäherung an seinen Uferhang nahezu ausschließen, somit auch für künftige Querverbindungen ein schwer überwindbares Hindernis darstellen und sogar die Voraussetzungen für die Längsschiffahrt auf dem gefüllten See entscheidend beeinträchtigen. Ein Verkehr mit Wasserkraftfahrzeugen etwas größerer Abmessungen als nur die, die Sportzwecken dienen, wäre schwerlich denkbar, da die Anlage von Bootshütten oder Landestegen bei Spiegelschwankungen von 40 m praktisch unmöglich sind. Und nun folgt ein sehr übles Bild, wie sich also diese Wasserleiche darstellen würde, wenn es wirklich zu den Wassersenkungen, die dem Wasserwirtschaftsprogramm des Projektanten entsprechen, kommen würde. Neben diesen Problemen taucht immer wieder in der Äußerung dieses Amtstechnikers die Besorgnis auf, daß man sie nicht mit Sicherheit bewältigen wird können. Es konnte aber der Amtstechniker auch nicht über das Problem der Sicherheit, also das Problem vom Gesichtspunkt der Landesverteidigung wie vom Gesichtspunkte der öffentlichen Sicherheit, ganz hinweggehen. In dieser Richtung wurde eine Flutwellenberechnung von zuständiger Seite eingeholt und die Folgerungen aus dieser Flutwellenberechnung hat der Herr Amtstechniker auch in seinem Gutachten aufgezeigt. Ich greife hier nur das Wesentliche heraus, daß er sagt: Es ist wohl durch eine geänderte, wesentlich verstärkte Ausführungsart des Staudammes einem Angriff konventioneller Waffen die Stirn zu bieten, d. h., Sicherheit zu bieten, das würde allerdings eine wesentlich teurere Ausführungsart als die vorgesehene des Damms erfordern. Nicht aber könnte man auch bei dieser verstärkten Ausführung erwarten, daß der Damm dem Angriff nuklearer Waffen auch kleinsten Kalibers Widerstand leisten könnte. Und nun, glaube ich, ist es doch notwendig, daß diese Stelle des Gutachtens dem steirischen Landtag zur Kenntnis gebracht wird, wenn auch die bedrohten Gebiete nicht steirische Gebiete sind, aber sie sind österreichische Gebiete. „Nicht beherrschbar und in ihren Auswirkungen kaum abzuschätzen sind jedoch die Folgen beim Einsatz von Kernwaffen. Um auch hier Anhaltspunkte zu erhalten: Für die übliche ungünstigste Annahme eines plötzlichen Bruches im Gebiet der Staumauer durch den Stausee würde eine Flutwelle entstehen; der anfängliche Maximalausbruch des Speicherbeckens würde in diesem Falle das fast unvorstellbare Maß von rund 160.000 Kubikmetersekunden erreichen. Der Vorgang des vollständigen Leerlaufes des Sees mit seinem Inhalt von 500 Millionen Kubikmeter dauert 2 Stunden und 5 Minuten. Die Flutwelle bewegt sich sodann mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 10 Metersekunden talauswärts. Infolge des großen Volumens des ausfließenden Wassers ist die Dämpfung der Flutwelle nur ge-

ring, so bringt der Abflußscheitel bei Steyr noch 108.000 Kubikmetersekunden. Es ist mit großen Umgestaltungen im Flußtal, teils mit Ablagerungen von Geröll und Geschiebe, teils mit dem Anbrechen von Böschungen und Ausschreibungen der Sohle zu rechnen. Die Überschwemmung des Aflenztales reicht bis nach Lindau. Die Ortschaft Weyer wird somit überflutet, im Ennstal werden der tiefliegende Teil von Großraming sowie die Ortschaften Reitraming, Losenstein und Wernberg überflutet. Die Straßen und Bahnlinien im oberen Ennstal werden bis Steyr unter Wasser stehen. Die Flußkraftwerke Großraming, Wernberg und Rotenau werden von der Flutwelle überspült und kommen 30 bis 50 m unter dem Höchstwasserspiegel zu liegen. In der Stadt Steyr dringt die Flutwelle 1 Stunde 15 Minuten nach dem Sperrenbruch ein. Die Überschwemmung wird die Cote 321 erreichen, so daß dann das ganze tiefliegende Stadtgebiet unter Wasser stehen wird. Die Überschwemmung im Tal des Steyr-Flusses würde demnach bis nach Pichla zurückreichen. Zwischen Steyr und dem Gebiet der Donau beträgt die durchschnittliche Geschwindigkeit der Flutwelle noch 5 Metersekunden. Sie erreicht das Mündungsgebiet 3 Stunden nach Zerstörung der Sperre. Die maximale Abflußmenge beträgt hier immer noch 56.000 Kubikmetersekunden. Sämtliche Flußkraftwerke kommen unter Wasser, die Bahnlinie wird größtenteils, die Straße zwischen Johnsdorf und der Mündung der Enns überflutet. Die Stadt Enns wird von der Flutwelle bis zur Cote 259 überschwemmt, bleibt also meistens außerhalb der Überflutung. Hingegen werden die Dämme und Brücken der Autobahn Linz—Wien und die der Westbahnstrecke überflutet. Im Donautal wird ein Rückstau bis gegen Linz eintreten. Hiedurch wird die Flutwelle bei der Eisenbahnbrücke von Mauthausen auf rund 43.000 m³/sec. gedämpft. Immerhin dürften die Brückenöffnungen der Bahn nicht genügen, um diese Wassermenge durchzulassen. Sowohl die Brücke wie der Bahndamm werden überschwemmt. Diese Wassermenge ist das Vierfache des größten Donau-Hochwassers, das im Mündungsgebiet der Enns etwa 10.000 m³/sec. beträgt. Also der Dammbruch würde zur Donau hinkommen noch mit dem Vierfachen des bisher vorgekommenen höchsten Donau-Hochwassers. Es ist daher zu erwarten, daß auch unterhalb der Bahnstrecke Mauthausen noch katastrophale Schäden eintreten würden.“

Bitte, ich habe hier noch eine weitere Erläuterung dieses apokalyptischen Bildes und er schließt dann mit seinem Gutachten: „Das Richtige und Vernünftige wird wohl auch hier in der Mitte liegen, und es wird auch aus den Vorausberechnungen solcher zwar wenig wahrscheinlicher und hoffentlich auch nie eintretender, aber doch nicht völlig auszuschließenden Katastrophen die Folgerung zu ziehen sein, die Steigerung hydroelektrischer Energie in Hinblick weniger durch die Ansammlung von großen Wassermengen als durch die Ausnützung größerer Fallhöhen zu erreichen. Gerade Österreich bietet hierfür auf Grund seiner topographischen Gegebenheiten vielfältige Voraussetzungen. Das Projekt Kastenreith wird solchen Überlegungen allerdings nicht gerecht.“ Und in der weiteren Folge sagt eben derselbe Amtstechniker, daß das gleiche Ergebnis,

welches energiewirtschaftlich von Kastenreith erwartet wird, durch Hochlagespeicher im Ausmaße von etwa — ich weiß es jetzt nicht mehr genau — 100 Millionen Kubikmeter Gesamthalt erreicht werden könnte weil die größere Fallhöhe eben dann besser ausgenützt wird.

Eben derselbe Amtstechniker hat aber dann in der mündlichen Verhandlung, von hohem Ernst getragen, eine Schlußäußerung abgegeben, die ich dem Steiermärkischen Landtag auch nicht vorenthalten will. Das besondere Gewicht dieser Äußerung liegt ja in der Persönlichkeit dieses Amtstechnikers, der gewiß objektiv die Dinge geprüft hat. Er sagt: „Wenn es richtig ist, daß die zurückgebliebene Wirtschaft des mittleren Ennstales einer kräftigen Hilfe von außen bedarf, dann muß wohl auch hier das Wort gelten: Doppelt gibt, wer schnell gibt. Neben der Größe des Eingriffes an sich, die beim Bau von Kastenreith erforderlich würde, scheint dem Gefertigten daher die zeitliche Phasenverschiebung zwischen den beiden Projekten der zweite entscheidende Punkt im Widerstreitverfahren. Es ist schließlich, wie die Studie von Sektionsrat Dr. Frank zeigt, durchaus unsicher, ob ein so viel später errichtetes Kraftwerk Kastenreith, möge es auch noch so wirtschaftlich sein, überhaupt jemals mehr imstande ist, den Verlust wieder einzuholen, den unsere Volkswirtschaft durch den Entgang an Kilowattstunden in der Zwischenzeit erlitten hat. In der Entwicklung der Technik und Wirtschaft hat aber im Gegensatz zum landläufigen Sprichwort ein „Aufgeschoben“ sehr oft ein endgültiges „Aufgehoben“ bedeutet. Die Eisenbahngeschichte bietet zahlreiche Beispiele dafür. Wir wissen nicht, wie die Verhältnisse in 20 Jahren sein werden und ob es dann noch je zur Ausnützung der Ennswasserkräfte, sei es in dieser oder jener Form, kommen wird, beispielsweise deshalb, weil die Wettbewerbsfähigkeit solcher Wasserkräfte mit anderen Möglichkeiten der Energieerzeugung dann nicht mehr gegeben sein wird. Ein Entscheid zugunsten von Groß-Kastenreith würde daher die österreichische Volkswirtschaft jedenfalls noch viele Jahre lang, vielleicht aber für immer, des aus der betrachteten Ennstrecke erzielbaren Energieertrages berauben.“

Ich glaube, prägnanter kann die Situation, wie sie auch heute noch zu sehen ist, nicht gezeichnet werden. Man muß sich angesichts dieser Schlußworte zur Antwort sagen, daß es eigentlich der Steirischen Gemeindeordnung gar nicht bedürfte und daß jedenfalls am Schluß der Widerstreitverhandlung vor der höchsten Wasserrechtsbehörde jeder Teilnehmer nach diesem Gutachten des Amtstechnikers der Ansicht sein mußte, die Entscheidung kann nur zugunsten des 5-Stufenprojektes fallen. Sie ist aber noch nicht gefallen, denn zur Entscheidung bedarf der Landwirtschaftsminister des Einverständnisses durch den Verkehrsminister. Und nach den Nachrichten, die wir bisher haben, liegt der Entwurf der Entscheidung zugunsten des 5-Stufenprojektes bereits vor, und es ist noch nicht, noch immer nicht, noch immer nicht, obwohl Wochen vergangen sind, seitdem das Verkehrsministerium den Tenor dieser Entscheidung kennt, das „Ja“ erfolgt, so daß das Schweigen die Wirkung eines „Njet“ hat. Ich muß es also mit Beklem-

mung bekennen, daß hier ein Versagen des Gesetzes, ein Versagen der Verwaltung und ein schwerer Verstoß gegen die Rechtsordnung vorliegen, ein wirklich hier zu brandmarkender Verstoß gegen die Rechtsordnung. Denn jeder hat das Recht auf eine Entscheidung. Im vorliegenden Fall ist das Versagen dieses Rechtes nicht gegenüber einer Einzelperson zu brandmarken, sondern das Versagen dieses Rechtes auf eine Entscheidung trifft Tausende von Menschen, große Siedlungen und praktisch die Energiewirtschaft eines ganzen Landes, nämlich der Steiermark. Ich bin der Meinung, wenn die Zentralverwaltung derart versagt, so ist es Aufgabe der Landesverwaltung, die Rechtsordnung zu wahren und herzustellen. Und hier komme ich zu zwei Vorwürfen, die immer wieder gegenüber der Steiermark wiederholt werden, die vollkommen falsch sind, aber nach altbekannten Methoden so oft wiederholt werden, daß man annehmen kann, die Öffentlichkeit werde einmal daran glauben. Gegenüber diesen Propagandamethoden muß festgehalten werden, daß der Vorwurf der Verletzung der Rechtsordnung gegenüber der Steiermark falsch ist. Beiden Werken, die vorgeworfen werden, d. i. Hieflau und Altenmarkt, liegt eine rechtskräftige Ausbaugenehmigung, ein rechtskräftiger Konsens zugrunde. Es ist für die Männer, die mit dem Wasserbau jahrzehntelang zu tun haben, kein Geheimnis, daß viele, viele große Werke in Österreich fertiggestellt waren, bevor auch nur der Bewilligungsbescheid fertig, geschweige denn rechtskräftig war. Ich könnte einige Bundesländer hier aufzählen — auch betroffene — wo das der Fall war. Kein Mensch hat damals ein Geschrei erhoben wegen Verletzung der Rechtsordnung, weil man es als selbstverständlich angesehen hat, daß der wirtschaftlich notwendige Ausbau gemacht werden muß und es nicht darauf ankommt, ob dieses oder jenes Detail vorher schon festgelegt sei.

Der Vorwurf der Verletzung der Rechtsordnung wird auch damit begründet, daß man sagt, wir bauen ohne Genehmigung Krippau. Krippau wird nicht gebaut, sondern für den Wasserkraftausbau der Stufe Krippau werden jene Forschungsmaßnahmen, die auch schon der Herr Landeshauptmann in seiner Beantwortung erwähnt hat, gemacht, die bei jedem solchen Großausbau notwendig sind und deren Unterlassung geradezu eine Unverantwortlichkeit wäre.

Und nun wird als dritter großer Vorwurf gegenüber der Steiermark immer wieder ihr Egoismus hervorgehoben, daß sie blind sei gegen die österreichischen Gesamtinteressen. Ja, von oberösterreichischer Seite wurde in der letzten Landtags-sitzung geradezu das Gesamtinteresse als das bestimmende Merkmal der Haltung der oberösterreichischen Stellen im Gegensatz zu uns hervorgehoben. Nun, meine Damen und Herren, unsere Aufgabe als steirische Landtagsabgeordnete ist selbstverständlich, die steirischen Landesinteressen zu wahren. Das kann man uns nicht zum Vorwurf machen. Und wir sind der Meinung, daß das, was der Steiermark nutzt, auch Österreich nutzt, denn die gesamtösterreichische Wirtschaft ist ja nur die Summer der Länderwirtschaften. Und wenn die steirische Energiewirtschaft in Ordnung ist, so ist

die Ausstrahlung auf die anderen Energiewirtschaften der anderen Länder immer eine wohltätige. Das zeigt die Erfahrung. Die Steiermark ist auch nicht so egoistisch wie andere Länder, einen großen, ja übergroßen Happen aus dem leider nur spärlich bestehenden Kapitalsmarkt für sich zu beanspruchen. Die Steiermark ist sogar so vermessen, zu sagen, „laßt uns bauen mit unserem eigenen Geld, und zwar so bauen, daß wir den billigen Strom halten können, den wir jetzt verkaufen.“ Und diesem Vorwurf des Egoismus sei gerade wieder eine Äußerung der Gegenseite entgegengehalten, die in einem jüngst gehaltenen Vortrag dahin gelaute hat, daß die Steiermark ohnedies nur 5% des Wasserkraftdargebotes Österreichs auf seinem Gebiet hat und das nur zur Hälfte ausgebaut habe. Da Sie alle wissen, daß Steiermark ein namhaftes Industrieland ist, können Sie sich vorstellen, daß der Energiebedarf Steiermarks, gemessen am Energiebedarf Gesamtösterreichs, wesentlich höher als 5% ist, und es zwingt sich also die Frage auf, warum läßt man uns dann nicht die andere Hälfte ausbauen? Die Wurzel des Übels liegt eben nicht dort, wo die Gegner unserer Haltung es haben wollen, sondern die Wurzel des Übels liegt in der Sünde des Kompetenzgesetzes des Jahres 1946, § 2, in welchem bestimmt wurde, daß für bestimmte energiewirtschaftlich wichtige Entscheidungen der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft genötigt ist, vor Hinausgabe dieser Entscheidung das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Energiewirtschaft und Elektrifizierung zu pflegen. Dieses Ministerium besteht bekanntlich nicht mehr. Die Übung hat es aber dahin gebracht, daß für solche Entscheidungen die Zustimmung des Bundesministers für Verkehrs- und Elektrizitätswirtschaft trotzdem jeweils eingeholt wird. Nun kennt die österreichische Verfassung in der Vollstreckung keine kollektive Verantwortung mehrerer Ministerien, sondern sie kennt nur die Einzelverantwortung des zuständigen Ministers und seine alleinige Entscheidungsgewalt. Es verstößt also gegen die österreichische Verfassungsordnung, wenn hier eine kollektive Entscheidungsgewalt und damit auch eine kollektive Verantwortlichkeit geschaffen wurde. Das Beispiel „Ausbau der mittleren Enns“ zeigt, daß hier der Hebel anzusetzen wäre, um endlich Ordnung zu schaffen, die vom Herrn Landeshauptmann auch betonte Aufgabe der Ordnung zu erfüllen. Wir können aber, glaube ich, für den Ausbau der mittleren Enns diesen verfassungsrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Streit kaum abwarten, und ich komme zurück an den Beginn meiner Ausführungen, daß es doch die Steiermark geradezu als Hohn empfinden muß, für sie, die mit der Blickrichtung auf den Ennsausbau Schrittmacher war in der wasserrechtlichen Gesetzgebung für drei neue Grundsätze. Zwei derselben habe ich Ihnen gegenüber schon erwähnt. Das eine ist das Primat des Landes für den Ausbau, das zweite war der bevorzugte Wasserbau, also die beschleunigte Durchführung, und das dritte ist die Regelung eines Widerstreites. Und im damaligen Zustande des steiermärkischen Landtages, also von Kriegsnot bedrängt, stündlich bedrängt, von Kälte, von Hunger bedrängt, haben die damaligen steirischen Land-

tagsabgeordneten doch das Verantwortungsbewußtsein gehabt und die Besinnung gefunden, ein beispielgebendes Gesetz zu schaffen, und ich möchte Ihnen nur den Schlußabsatz dieses Gesetzes, der geradezu seherisch für unseren Fall ist, vorlesen. Er lautet: „Läßt sich die überwiegende volkswirtschaftliche Wichtigkeit nicht nachweisen, so ist das vorhandene Wasser nach Rücksicht der Billigkeit so zu verteilen, daß alle Ansprüche bei einer sachgemäßen und wirtschaftlichen Einrichtung der Anlagen so weit als möglich befriedigt werden. Ist dies aber nicht möglich, so sind jene Ansprüche vorzugsweise zu berücksichtigen, welche erstens die vollendetere Erreichung des angestrebten Zweckes und zweitens die geringste Belästigung Dritter voraussehen lassen.“

Meine Damen und Herren, projizieren Sie jetzt dieses damalige Gesetz auf die heutigen Verhältnisse, und ich glaube, die Lösung dieser schwierigen Situation würde sich von selbst ergeben. Wir wollen eine Lösung, wir wollen eine rasche Lösung, aber wir wollen keine Lösung, die eine Sintflut ist, wir wollen also keine Überschwemmung des mittleren Ennstales, wir wollen die Stufen ausbauen und wir wollen, wie die Worte des Herrn Landeshauptmannes klar ergeben haben, nicht einen Vorteil für uns allein, sondern wir wollen einen Ausgleich des Vorteiles auch den anderen bieten. Aber es ist unsere Pflicht, auf eine rasche Entschließung zu dringen mit allen Mitteln. Denn jede Stunde, die versäumt wird im Ausbau, ist nicht nur ein Verlust an Kilowattstunden, sondern sie ist auch ein Säumnis in der Erfüllung unserer höchsten Pflicht als Landtagsabgeordnete, den ewigen Hunger der Menschen nach Ruhe und Sicherheit auf eigenem Grund und Boden zu stillen. (Allgemeiner Beifall.)

Landesrat **Gruber**: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Kastenreith wurde schon in einer Reihe von Landtagssitzungen hier eingehend behandelt, so in der Sitzung des Hohen Hauses im November 1958 anlässlich der Beratung der Gemeindeordnungs-Novelle und in der 32. Sitzung des steiermärkischen Landtages anlässlich der Beschlußfassung über den Beharrungsbeschluß nach dem Einspruch der Bundesregierung wieder im Zusammenhang mit der Gemeindeverfassung-Novelle. Die Ausführungen über das Thema Kastenreith, die technische Entwicklung und Planung, wurden auch in diesen Protokollen eingehend verankert und Herr Landeshauptmann Krainer hat heute noch einmal den neuesten Stand dieser Situation dem Hohen Hause dargestellt. Dem Antrag der Abgeordneten, der heute dieser Diskussion zugrunde liegt und dem eine Resolution gefolgt ist, stimmt auch die sozialistische Fraktion des Landtages einhellig zu. Es zeigt sich sowohl in der Debatte im oberösterreichischen Landtag, wie es sich auch in unserem Hause zeigt, daß in dieser Frage die Auffassung quer durch die Parteien geht, d. h., daß im oberösterreichischen Landtag die ÖVP für Kastenreith gestimmt hat ebenso wie die sozialistische Partei, und daß in diesem Hohen Hause hier die Österreichische Volkspartei gegen Kastenreith bisher aufgetreten ist ebenso wie die Sozialistische Partei und ebenso wie auch die Freiheit-

liche Partei Österreichs. Ich glaube, daß man aus dieser Darstellung der Situation doch entnehmen kann, daß es sich hier um ein sehr wichtiges Landesinteresse in beiden Fällen handelt. Und ich muß daher der Auffassung des Herrn Abg. Dr. Kaan widersprechen, daß es sich bei der Frage Kastenreith nur um ein zentrales Interesse handelt und nicht auch die Interessen des oberösterreichischen Landes mitverknüpft sind. Soweit uns bekannt ist, ist die OKA mit 45% an der EKA beteiligt, und man kann aus dieser Beteiligung, glaube ich, schon schließen, daß hier ein sehr starkes Landesinteresse Oberösterreichs vorhanden ist. Es gibt Expertengutachten zu dem Thema Kastenreith, zu dem Thema Laufkraftwerke, 5-Stufenprojekt. Die Expertengutachten sind, je nachdem, von welchem Standpunkt aus und nach welchen Wünschen sie erstellt wurden, natürlich etwas unterschiedlich, eines aber, glaube ich, steht für uns in Steiermark fest, daß wir an einer Ausnützung und an einem Ausbau der Stufenprojekte höchstes Interesse schon deswegen haben, weil letzthin, wie auch hier schon ausgeführt wurde, 60% der gesamten österreichischen Kohlenbergbauförderung in unserem Lande ist und wir daher ein sehr großes Interesse haben, daß nicht durch Speicherkraftwerke, sondern mehr durch Laufkraftwerke der Strom erzeugt und der Spitzenstrombedarf durch kalorische Kraftwerke ausgeglichen wird. Wie weit die Finanzierung des Projektes Kastenreith überhaupt möglich ist, das nun mit einer Ziffer von rund 5 Milliarden im Raume schwebt, ist ebenfalls bisher nicht eindeutig klargestellt worden, während auf der anderen Seite der Ausbau durch die STEWEAG sichergestellt ist. Nicht richtig, und dem muß ich auch hier im Hohen Haus widersprechen, ist, daß man vielleicht jetzt durch polemische Darstellungen versucht, das Aufchieben oder das Nichtzustandekommen der Entscheidung dem Ministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft zuzuschreiben, denn die Angelegenheit liegt ja erst sehr kurz in diesem Ministerium, während andererseits aus dem Antrag bzw. aus dem Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten an den Oberösterreichischen Landtag hervorgeht, daß sich die oberösterreichischen Ennskraftwerke seit den Fünfzigerjahren um das Großspeicherwerk bemühen, und in der weiteren Folge heißt es, daß am 29. Jänner 1954 beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft der Antrag um Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung eingereicht wurde und der Antrag zur Errichtung dieser Staustufe am 29. Mai 1957. Beide Anträge fanden zunächst bis 1959 keine Erledigung. Ich möchte damit nur sagen, daß man hier sich von der Polemik lösen soll und daß wir uns wirklich hier nur der Sache zuwenden müssen. Die Frage der Gesamtenergieplanung in unserem Lande spielt natürlich auch in diesem Zusammenhang eine große Rolle, und es kann von uns nicht genug unterstrichen werden, daß hier ein sehr, sehr starker Wunsch unsererseits besteht, der auch von der Sozialistischen Partei in unseren innersten Gremien immer wieder vorgetragen wurde, eine Gesamtenergieplanung zu erreichen, die nicht auf einzelne Gesellschaftsinteressen, sondern auf die gesamten Interessen der österreichischen Volkswirtschaft

Rücksicht nimmt und im Rahmen dieser Planung die Beratungen über die verschiedensten Projekte eben durchgeführt werden können. Eines, worum es es vor allem und vordringlich in dieser Frage geht, ist die Beseitigung der Unsicherheit in jenem Gebiet, das nun seit 5 Jahren, wenn Sie so sagen wollen, aber auch vielleicht schon seit längerer Zeit hier immer in ständiger Schwebelage ist. Es ist nicht unbekannt, und wer dieses Gebiet kennt, weiß, daß jegliche private aber auch öffentliche Investition in diesem Gebiet zurückgeblieben ist, weil man sich eben auf das Warten eingestellt hat, bis eine endgültige Entscheidung gefällt ist. Gerade dieses Warten aber beinhaltet ein Stillstehen auf einem Zeitpunkt, der viele Jahre zurückreicht und der letzten Endes ein Schrumpfen des Wirtschaftsprozesses und der gesamten Entwicklung in diesem Gebiete überhaupt mit sich bringt. Wir haben im Gerichtsbezirk St. Gallen immerhin 7339 Einwohner. Die Zahl der direkt Betroffenen wurde heute schon vom Herrn Landeshauptmann erwähnt und auch der Stand über die Aussiedlung, über die Umsiedlung und über den notwendigen Wohnbedarf, der sich nachher daraus ergibt. Wir haben es jedenfalls hier mit einem sehr großen Personenkreis zu tun und wir müssen von den direkt Betroffenen noch zu jenen hinüberschauen, die indirekt davon betroffen werden. Es ist daher unser allerhöchstes Interesse, daß eine rasche Entscheidung herbeigeführt wird und daß man darangeht, diesem Gebiet, das sich geradezu zu einem Notstandsgebiet in unserem Lande entwickelt, die nötige Hilfe angedeihen zu lassen. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß eine Straße durch dieses Gebiet führt, die man bestenfalls als einen Bundesweg bezeichnen kann und die als gleichrangige Straße mit der Mürztalstraße oder der Murtalstraße in allen Landkarten, in allen europäischen Straßenkarten usw. aufscheint. Mir ist es schon einige Male passiert, daß ein Besuch, der von Westdeutschland nach Kapfenberg zu den Böhlerwerken gekommen ist und der zuerst in Linz war und geglaubt hat, in wenigen Stunden in Kapfenberg zu sein, weil er den kürzesten Weg nimmt, ganz böse und verärgert war über die falschen Eintragungen in den Karten und daß also hier auf diesem Gebiet des Straßenwesens eine entscheidende Wandlung herbeigeführt werden muß. Es ist sicherlich ein sehr schwieriges Straßenstück, es ist kurvenreich und hat viele Steigungen und Gefälle, aber es wurden schon andere Probleme gelöst, und wenn man diesem Gebiet helfen will, gehört eben die Straße zu den elementarsten Voraussetzungen für den Fremdenverkehr in der Zukunft überhaupt. Ich glaube sicherlich, daß auch das Land Steiermark bereit sein wird, die dann in diesem Zusammenhang einzuordnenden Landesstraßenstrecken zu sanieren und zu asphaltieren, aber auch die entsprechenden Anschlüsse von den Bahnhöfen zu den nicht an den Eisenbahnstationen liegenden Gemeinden herbeizuführen. Es handelt sich hier um ein landschaftlich durchaus schönes Gebiet, und wer im Herbst schon einmal durch dieses Gebiet gefahren ist und den prachtvollen Laubwald, der sich dort in allen Farben bietet, gesehen hat, ist sicherlich auch der Überzeugung, daß man, wenn hier eine entsprechende

Erschließung einsetzt, wenn hier Entsprechendes getan wird, die Entwicklung auch fördern kann, daß man hier noch mehr Menschen Arbeit und Brot geben kann und daß auch dann eine entsprechend gesunde Entwicklung in diesem Gebiet einsetzt. Unser aller Wunsch ist, und das möchte ich abschließend nochmals unterstreichen, daß die zuständigen Ministerien eine rasche Entscheidung fällen im Interesse des betroffenen Gebietes, im Interesse der Energieplanung und des Energiebedarfes, damit wir hier einmal zu einer endgültigen Entscheidung kommen.

Daher darf ich auch namens der Sozialistischen Fraktion sagen, daß wir diesem Antrag, der dem Hohen Haus vorliegt, unsere Zustimmung geben. (Beifall.)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Steiermärkische Landtag steht selten vor so weittragenden Entscheidungen wie zur Zeit im Falle des durch die Wiener und zum Teil auch durch die oberösterreichische Presse vielfach entstellten Fragenkomplexes über die Nutzung des Ennstales für die Elektrizitätswirtschaft. Die Fraktion der Freiheitlichen Partei hat sich eingehend beraten und auch durch Fachleute beraten lassen, um der Problematik dieser Frage nach allen Gesichtspunkten gerecht zu werden. Nach all dem bisher Gesagten möchten wir in kurzer Form den Standpunkt unserer Fraktion folgendermaßen darlegen: Es ist zweifellos Aufgabe der Fachleute, auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft festzustellen, welche Projekte zur Ausführung kommen sollen. Dem Politiker jedoch kann füglich nicht zugemutet werden, technische Spezialfragen zu entscheiden, es sei denn, es wäre sein eigenes Berufsgebiet. Wenn aber, wie im Falle der Epnnsnutzung, die Meinungen der Fachleute zum Teil auseinandergehen, wenn darüber hinaus ein gesamtösterreichischer Ausbauplan der Wasserwirtschaft fehlt, wenn auch eine gesamtösterreichische Reihung der Vorhaben nicht vorhanden ist, wobei die zuständigen Ministerien dafür verantwortlich zeichnen, wenn also das alles nicht gegeben ist, dann ist es die Aufgabe der Politiker, zu entscheiden, welches Projekt vom Standpunkt der finanziellen Durchführbarkeit vorzuziehen ist. Bauvorhaben, mögen sie theoretisch noch so schön scheinen, sind eben auszuscheiden, wenn sie praktisch nicht Wirklichkeit werden können. Dies trifft beim Projekt Kastenreith zweifellos zu, wo nicht einmal ein Finanzierungsplan besteht, dessen Milliarden an Baukosten in absehbarer Zeit nicht aufzubringen sind und Raubbau am Kapital bedeuten würden. Niemandem würde es z. B. einfallen, sich heute deshalb kein Fahrrad zu kaufen, weil sein Enkel vielleicht einmal ein Flugzeug besitzen wird. Besonders gravierend für das steirische 5-Stufenprojekt spricht die Tatsache, daß die STEWEAG mit eigener Kapitalaufbringung in der Lage ist, ihr Vorhaben durchzuführen, dabei weitgehend unter Schonung des Landschaftsbildes, wogegen das Kastenreithprojekt der Gegend mindestens durch 5 Monate im Jahr 7,9 km² Schlicklandschaft beschern und das Gebiet etwa 30 km weit verunstalten würde. Es ginge zu weit, hier jetzt noch einmal das Für und Wider vorzu-

bringen, ebenso falsch wäre es, eine Abschätzung der Gegebenheiten in Schwarz-weiß zu malen. Jedenfalls ist die freiheitliche Fraktion bei sachlicher Abwägung zu dem Schluß gelangt, dem Projekt der STEWEAG den Vorzug zu geben. Ein besonderer Grund aber der notwendigen und schnellen Entscheidung ist auch, daß die Bevölkerung des betroffenen Gebietes ein menschliches, aber auch ein staatsbürgerliches Recht hat, endlich zu wissen, was die Zukunft in ihren Lebenskreis bringen wird. Hin- und hergerissen zwischen Hoffnung und Befürchtung, ist der sich durch Jahre hinziehende Zustand unhaltbar geworden. Schon jetzt sind, wie wir wissen, die wirtschaftlichen Einbußen in diesem Gebiet des Ennstales äußerst groß.

Die Verfechter des Kastenreithvorhabens haben im Oberösterreichischen Landtag erkennen lassen, wie weit diese Dinge schon in ein Fahrwasser der Unsachlichkeit geraten sind. So hat beispielsweise ein Redner sich dazu verstiegen, zur Untermauerung seines Standpunktes aus einem Gutachten des steirischen Prof. Dr. Ing. Grengg einen halben Satz herauszulesen, womit dieses Gutachten völlig auf den Kopf gestellt wurde. Prof. Dr. Ing. Grengg, der bisher auch stets das Gesicht der Landschaft mit den Erfordernissen der Technik harmonisch in Einklang zu bringen vermochte, kommt zu dem Schluß, daß unter den technischen, finanziellen und landschaftlichen Gegebenheiten das 5-Stufenprojekt vorzuziehen sei. Zusammenfassend kann also festgestellt werden: Der Steiermärkische Landtag tut recht daran, dem 5-Stufenprojekt der STEWEAG den Vorrang zu geben, durch welches 1. die Durchführbarkeit gesichert, 2. weitestgehende Schonung der Landschaft gewährleistet und 3. guter steirischer Heimatboden erhalten und die Umwandlung in ein Schlammeer verhindert wird. Wir Freiheitlichen werden entschieden jederzeit darauf achten, daß Recht und Gesetz gewahrt werden, wir werden jede Möglichkeit nutzen, um unsere Steiermark und ihre Bewohner im Rahmen der Gegebenheiten vor jedem Übergriff zu schützen. (Beifall.)

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Durch eine Flugzetteltaktion des Herrn Bürgermeisters in Weyer ist das Kastenreithproblem wieder in den Vordergrund gerückt worden. Der Herr Abg. Krempf und ich haben davon Kenntnis erhalten, daß in der weiteren Folge auch eine Pressekonferenz vorgesehen ist. Wir waren der Meinung, daß wir als zuständige Abgeordnete dieses Gebietes eigentlich doch auch unterrichtet sein sollen, was da vorgeht, weil es schließlich auch unsere engere Heimat betrifft. Wir sind nach Weyer gefahren, sind dort im Gemeindeamt in dem überfüllten Saal freundlich empfangen und hineingeleitet worden, und dort haben wir gewartet, bis die Pressekonferenz beginnt. Inzwischen hat der Herr Bürgermeister jemand hereingeschickt und ersuchte die Herren von der Presse, zu einer kurzen informativen Besprechung zu ihm zu kommen. Wir haben inzwischen gewartet und sind dann im Laufe der Zeit aber darauf gekommen, daß diese interne Besprechung keine interne Besprechung war, sondern daß sich der Herr Bürgermeister zurückgezogen hat und mit den Vertretern der Presse unter Ausschluß der Offent-

lichkeit diese Konferenz abgehalten hat. (Zwischenrufe.) Wir sind daraufhin sofort zu diesem anderen Stadtsaal gegangen und wollten dort ersuchen, daß wir an der Pressekonferenz teilnehmen dürfen, aber wir mußten zu unserem Erstaunen feststellen, daß die Tür von drei Gendarmen besetzt war. (Allgemeines Gelächter.) Trotz unserer Bitten und, obwohl wir sagten, wir sind Abgeordnete aus der Steiermark und wir möchten gerne zur Pressekonferenz, wurde uns das vom zuständigen Herrn Bezirkshauptmann verweigert mit den Worten, wir sind nicht erwünscht. (LHStellv. Matzner: „Waren Sie eingeladen?“) Nein. (Allgemeines Gelächter.) Es hieß doch: Erscheint in Massen. (LHStellv. Matzner: Ich dränge mich nicht zu so etwas.“) Es ist an und für sich nicht unsere Art, daß wir Vorgänge eines anderen Bundeslandes kritisieren, aber weil in der weiteren Folge nach der Pressekonferenz der Herr Bürgermeister zu der versammelten Menge in Weyer gesprochen und die Steiermark und besonders auch unseren Herrn Landeshauptmann angegriffen hat, möchte ich ganz kurz ein paar Feststellungen machen. Zuerst darf ich meiner Freude Ausdruck geben — ich glaube, es sind einige Herren aus Oberösterreich hier —, wir freuen uns nicht deshalb, weil wir Steirer gastfreundlich sind, sondern wir freuen uns auch deshalb, weil wir gewohnt sind, mit offenen Karten zu spielen, nicht so, wie es in Weyer der Fall war. Wie schwach die Demonstration in Weyer war, ist daraus hervorgegangen, daß dann der Sprechchor „Wir fordern Groß-Kastenreith!“ von Pfui-Rufen weit übertroffen worden ist, aber von der Bevölkerung aus Oberösterreich, nicht von den Steirern; und wenn man dann in der weiteren Folge von einem Notstandsgebiet spricht, so darf ich wohl feststellen, ein Notstandsgebiet waren wir vielleicht während des Krieges und nach dem Kriege, aber heute von einem Notstandsgebiet zu sprechen, ist meiner Meinung nach wohl eine Sünde. Es kann höchstens ein unterentwickeltes Gebiet sein. Und wenn Weyer mit seiner Umgebung unterentwickelt ist, so glaube ich wohl feststellen zu können, daß das in erster Linie deshalb ist, weil die verantwortlichen Menschen dort das allgemeine Bauverbot verhängt haben und dadurch der Bevölkerung jede Möglichkeit der Weiterentwicklung genommen haben. (Landesrat Pirisch: „Sehr richtig!“) Wenn der Herr Bürgermeister von Weyer in seinem Flugblatt schreibt: Entscheidet nach wirtschaftlicher Vernunft und menschlicher Einsicht und nicht nach den Wünschen einzelner fremder Interessengruppen, so glaube ich wohl feststellen zu dürfen, daß wir das ja gerade wollen, und es ist aus den Vorreden ja schon sehr deutlich hervorgegangen. Im letzten, unglücklichen Krieg sind Millionen Menschen von Haus und Hof und Heimat vertrieben worden. Vor kurzem waren es die in Tibet, und heute sind es die Franzosen in Algerien. Immer sind die Menschen unterwegs, und hier sollen jetzt abermals wieder Menschen von ihrer Heimat vertrieben werden, ohne daß man ihnen überhaupt einen Ersatz gibt. Es ist daher unsere Verpflichtung, daß wir alles daransetzen, um zu verhindern, daß diese Menschen dort ihre Heimat verlieren. Wir dürfen nicht nur an unsere steirischen Brüder

denken, sondern wir dürfen auch den Ruf der oberösterreichischen Bevölkerung nicht überhören, die im gleichen Atemzug, wie dieses Flugblatt des Herrn Bürgermeisters von Weyer gekommen ist, ebenfalls eine Resolution herausgegeben hat, wo es heißt: „Wir lieben die Heimat unserer Väter und werden ihr Vermächtnis, die Heimat zu erhalten, treu erfüllen, so wahr uns Gott helfe! Wir werden nie unseren Boden für Kastenreith hergeben, es sei denn, man raubt ihn uns. Und hier, ich glaube, hätte dann der Spruch, der ebenfalls in Weyer zu sehen war, „Ist Österreich noch ein Rechtsstaat?“, Geltung, wenn das verwirklicht werden würde. Ich fordere daher ebenfalls, daß das Projekt so schnell als möglich verwirklicht werde, daß gebaut wird, aber nicht so, daß tausende Menschen ihre Heimat verlieren. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Es soll nun über folgenden Beschlusantrag abgestimmt werden:

„Der steigende Energiebedarf erfordert den Ausbau von Laufkraftwerken. Spitzenenergie muß durch kalorische Kraftwerke auf Kohlenbasis ausgeglichen werden.

Der Steiermärkische Landtag fordert daher die Steiermärkische Landesregierung auf, im Zusammenwirken mit der STEWEAG alle jene Maßnahmen zu treffen und Schritte zu unternehmen, die geeignet erscheinen, das 5-Stufenprojekt der STEWEAG zum Ausbau der mittleren Enns der Verwirklichung näher zu bringen.

Insbesondere sind Vorsprachen beim Landwirtschafts- und Verkehrsministerium notwendig, damit zwischen diesen beiden Ministerien das Einvernehmen hergestellt wird und im Widerstreitverfahren eine Entscheidung erfolgt.

Weiters muß der dringliche Ausbau der Aigen-Bundesstraße und die Belebung des Gebietes der mittleren Enns durch fördernde Maßnahmen im Fremdenverkehr und in der Landwirtschaft erfolgen.

Der Steiermärkische Landtag bekennt sich auch zu einem gemeinsamen Ausbau des Fünfstufenprojektes durch die STEWEAG, die OKA oder die Ennskraftwerke und zu einer Eigentumsbeteiligung bei anderen Kraftwerksbauten.“

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Beschlusantrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Damit haben wir die heutige Tagesordnung erledigt.

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß, der Kontrollausschuß und der Gemeinde- und Verfassungsausschuß werden am 22. Juni Sitzungen abhalten. Hiefür werden schriftliche Einladungen ausgegeben.

Am 4. Juli 1962 werden 2 Landtagssitzungen abgehalten werden, und zwar um 10 Uhr und um 17 Uhr. Hiefür werden schriftliche Einladungen versendet.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 12.30 Uhr.)